

Medikamente – sichere Versorgung in der Krise

Wäre es sinnvoll, Medikamente vermehrt in der Schweiz herzustellen, um Versorgungsengpässe auszuschliessen? Leider ist das weder praktikabel noch effizient.

Gastkommentar von Matthias Leuenberger

Die Corona-Krise ist noch nicht ausgestanden, dennoch wird sichtbar, was gut und was weniger gut funktioniert hat. Ein Problemkreis in dieser Krise dreht sich um die «Versorgungssicherheit» bei lebenswichtigen Gütern, insbesondere Medikamenten. Dabei ist oft von Engpässen geschrieben worden und davon, dass man sich nun überlegen müsse, die Produktion kritischer Medikamente wieder zurück in die Schweiz zu holen, um die Abhängigkeit von China und Indien zu reduzieren.

Zunächst gilt es in Erinnerung zu rufen, dass die Branchen Chemie, Pharma und Life-Sciences der Exportmotor der Schweiz schlechthin sind: 2019 stellten sie 47 Prozent aller Exporte. Dabei werden Medikamente bereits heute in sehr beachtlichen Mengen in der Schweiz hergestellt und in die ganze Welt exportiert, wobei es sich praktisch ausschliesslich um hochinnovative Produkte für den Spitalbereich handelt. Bei diesen Medikamenten gibt es keine oder kaum Versorgungsengpässe.

Etwas anders sieht die Versorgungslage bei den Generika aus, also bei Nachahmerprodukten für Originalmedikamente, deren Patentschutz abgelaufen ist. Hier ist es in der Tat so, dass es bei gewissen Wirksubstanzen zu Engpässen gekommen ist. Die Spezialitätenliste der kassenpflichtigen Medikamente des Bundes enthält rund 9300 Einträge, davon etwa 5060 Generika oder Originale mit abgelaufenem Patentschutz. Wenn man sich die vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung publizierte Liste der Medikamente mit Lieferengpässen anschaut (Stand: 1. Mai 2020), dann findet man darauf 62 Wirkstoffe, wovon 54 oder 82 Prozent generisch sind. Warum gibt es bei Generika Engpässe, und was kann man dagegen tun?

Engpässe bestehen im Moment – ausser bei den Antibiotika – vor allem bei Substanzen zur Sedierung von Patienten, die künstlich beatmet werden müssen (etwa Propofol oder Fentanyl). Dies ist nicht erstaunlich, ist doch der Bedarf an diesen Substanzen seit der Corona-Krise weltweit leider stark gestiegen. Dank relativ attraktiven Preisen für Generika steht die Schweiz punkto Versorgungssicherheit noch gut da – die Einführung eines «Referenzpreissystems» für Wirkstoffe mit abgelaufenem Patent und Generika (nur der günstigste Wirkstoff soll vergütet werden) würde diese Sicherheit jedoch eindeutig gefährden. Es wäre aber weder praktikabel noch ökonomisch sinnvoll, solche Medikamente vermehrt in der Schweiz herzustellen. Um mit einem ökonomischen Argument zu beginnen: Generika sind ein Massengeschäft, bei dem vor allem der Preis zählt. In vielen Ländern wird der Einkauf von generischen Wirksubstanzen über öffentliche Ausschreibungen getätigt – der billigste Anbieter gewinnt in der Regel das ganze Volumen. Dieses «race to the bottom» zwingt die Hersteller dazu, möglichst kosteneffizient zu produzieren mit der Folge, dass viele Anbieter sich bei Herstellern in China oder Indien eindecken – der Produktionsstandort Schweiz wäre nicht konkurrenzfähig.

Eine Produktion in der Schweiz für den Krisenfall aufzubauen, wäre aber auch kaum praktikabel. Zum einen ist schwer abschätzbar, welche Substanzen bei der nächsten Krise benötigt werden. Zum anderen sehen wir in der Corona-Pandemie, dass es gegen das Virus leider noch gar keine Wirksubstanz gibt. Und selbst wenn dereinst eine Substanz gefunden würde, hiesse das noch lange nicht, dass diese einfach hergestellt werden könnte. Die Investitionen in eine Produktionsanlage für Wirkstoffe sind immens und bisweilen auch sehr spezifisch, das heisst: auf das Endprodukt zugeschnitten.

Um die Versorgungssicherheit in der Schweiz weiter zu erhöhen, stehen aus Sicht von Scienceindustries deshalb

andere Ansätze im Vordergrund: 1. Überprüfung und allenfalls Ausbau der bestehenden Pflichtlager für kritische Wirkstoffe und Arzneimittel. Dieses Konzept wird bereits heute breit akzeptiert und sollte im Nachgang zur Corona-Pandemie auf Verbesserungsmöglichkeiten hin untersucht werden. Notwendig ist aber auch eine Diskussion über die Finanzierung, denn heute trägt die Industrie diese Kosten praktisch allein – trotz sinkenden Arzneimittelpreisen. 2. Absicherung der Lieferung durch Verträge auf Staatsebene. Nicht zuletzt aufgrund von Warenverkehrsbeschränkungen einzelner Staaten kam es zu Versorgungsengpässen bei Wirkstoffen oder auch bei Schutzmaterialien. 3. Vertiefte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Denkbar wäre hierbei eine Koordination von Produktionskapazitäten in Europa und für Europa, die Schweiz mit eingeschlossen.

Die Mitglieder von Scienceindustries werden in jedem Fall ihre Strategie betreffend Lagerhaltung von kritischen Gütern überprüfen und wo nötig anpassen, um zukünftig noch besser gerüstet zu sein. Ungeachtet der während der Corona-Pandemie punktuell beobachteten Engpässe erachtet es der Verband für die Stärkung der Sicherheit der Arzneimittelversorgung als enorm wichtig, dass sich die Schweiz auf internationaler Ebene für höchste Produktionsstandards, für Freihandel und gegen Exportrestriktionen einsetzt.

Matthias Leuenberger ist Präsident von Scienceindustries, dem Wirtschaftsverband Chemie, Pharma, Life-Sciences, und Länderpräsident von Novartis Schweiz.

© **Neue Zürcher Zeitung**